

A-7 Erster Schritt zur Cannabis-Entkriminalisierung - Grenzwerte anpassen, statt Strafverfolgung fortzusetzen

Antragsteller*in: Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Prof. Dr. Armin Grau (KV Rhein-Pfalz), Daniel Köbler (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Johannes Kobiela (KV Mainz), Katharina Binz (KV Mainz), Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim), Janosch Littig (KV Mainz), Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück), Lea Siegfried (KV Kaiserslautern), Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz), Marius Schlageter (KV Ludiwgshafen), Michael Lichter (KV Trier), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz);

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

1 Die Prohibitionspolitik bei Cannabis ist vollständig gescheitert. Cannabis ist
2 die am häufigsten konsumierte illegale Droge. In Deutschland haben nach
3 Hochrechnungen in den vergangenen 12 Monaten 4,5 Millionen Volljährige Cannabis
4 konsumiert (ESA 2021). Dass die Bundesregierung die regulierte Freigabe
5 voranbringt ist ein wichtiges Signal, auf dass wir GRÜNE seit langem
6 hingearbeitet haben.

7 Die Mehrzahl der volljährigen Konsument*innen praktiziert keinen riskanten
8 Gebrauch von Cannabis. Die geltende Rechtslage führt bei ihnen in der Konsequenz
9 zu einer unverhältnismäßigen Kriminalisierung. Damit geht eine enorme Belastung
10 für die Sicherheits- und Justizbehörden einher. Wichtige Ressourcen, die für die
11 Bekämpfung schwerer Straftaten notwendig sind, werden gebunden. Die Kosten
12 hierfür tragen alle Steuerzahler*innen.

13 Das aktuelle Vorhaben der Bundesregierung zur Cannabis-Regulierung zielt darauf
14 ab, die Produktion, die Lieferung und den Vertrieb von Genusscannabis innerhalb
15 eines lizenzierten und staatlich kontrollierten Rahmens zuzulassen. Demnach soll

16 zukünftig der Besitz von bis zu 30 Gramm Cannabis für den Eigenkonsum straffrei
17 sein.

18 Bis die Regulierung auf Bundesebene kommt, wird vermutlich noch etwas Zeit
19 vergehen. Bis dahin geht die Kriminalisierung von Konsument*innen unbeirrt
20 weiter. Das können wir jedoch ändern. So heißt es in § 31a des
21 Betäubungsmittelgesetzes (BtMG): Die "Staatsanwaltschaft kann von der Verfolgung
22 absehen, wenn die Schuld des Täters als gering anzusehen wäre, kein öffentliches
23 Interesse an der Strafverfolgung besteht und der Täter die Betäubungsmittel
24 lediglich zum Eigenverbrauch in **geringer Menge** anbaut, herstellt, einführt,
25 ausführt, durchführt, erwirbt, sich in sonstiger Weise verschafft oder besitzt."

26 Was eine "geringe Menge" ist, bei der die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen
27 eine*n Drogenkonsument*in einstellen sollte, liegt im Ermessen jeder einzelnen
28 Landesregierung beziehungsweise der jeweiligen Generalstaatsanwaltschaften. Seit
29 2012 liegt die Grenze in Rheinland-Pfalz hierfür bei bis zu 10 Gramm Haschisch
30 oder Marihuana (Rundschreiben des Ministeriums der Justiz und für
31 Verbraucherschutz vom 20. Januar 2012 (4061 – 4 – 30)).

32 In RLP gibt es weiterhin Strafverfahren, auch bei geringen Mengen. Es gibt sogar
33 Fälle, in denen Hausdurchsuchungen zum Auffinden einer geringen Menge führen und
34 im Anschluss in einem Strafverfahren Strafen verurteilt werden.

35 Je näher wir an die Legalisierung des Verkaufs, Erwerbs und Konsum von Cannabis
36 rücken, desto widersprüchlicher wird das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden
37 und desto mehr führen die Ergebnisse der Strafverfolgung zu Ungerechtigkeiten.
38 Denn was in nächster Zeit entkriminalisiert wird, wird derzeit noch mit hohem
39 Verwaltungs- und gerichtlichem Aufwand verfolgt und bestraft.

40 Zwar sollen zukünftig Urteile und Verfolgungsmaßnahmen für die dann
41 legalisierten Besitzmengen getilgt werden. Nichtsdestotrotz führt jedes
42 Ermittlungs- und Strafverfahren, jede Verfahrenshandlung und jedes gesprochene
43 Urteil zu einer erheblichen psychischen und kostenmäßigen Belastung der
44 Verurteilten, die nicht durch Legalisierung "getilgt" werden kann.

45 Nach dem Bekanntwerden der Regulierungsvorhaben ist diese Grenze nicht mehr
46 zeitgemäß. Konsument*innen, Sicherheits- und Justizbehörden brauchen
47 nachvollziehbare Leitlinien, welche die Zeit bis zur bundesweiten Regulierung
48 überbrücken.

49 Daher fordern wir bereits jetzt, die deutliche Erweiterung der
50 Entkriminalisierung dadurch, dass Verfahren, die eine Cannabismenge von **bis zu**
51 **30 Gramm** betreffen, grundsätzlich eingestellt werden.

52 Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich für eine Anpassung
53 des Verkehrsrechts einzusetzen und sich für eine Anhebung der THC-Grenzwerte im
54 Straßenverkehr auszusprechen. Grenzwerte sind zwar sinnvoll und notwendig,
55 jedoch ist der aktuelle Grenzwert faktisch nicht nachvollziehbar. Es gilt, eine
56 vergleichbare Lösung zu den Promille-Grenzwerten zu finden.